Zeitschrift: Beiträge zur Geschichte Nidwaldens

Herausgeber: Historischer Verein Nidwalden

Band: 48 (2018)

Artikel: "Die Not klopft auch an unsere Türen" : die Lebensmittel- und Energieversorgung in Nidwalden

Autor: Krämer, Daniel

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-842056

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Daniel Krämer

«Die Not klopft auch an unsere Türen»

Die Lebensmittel- und Energieversorgung in Nidwalden

Es war ein wolkenverhangener und nebliger, trüber Sonntag. Landammann Jakob Wyrsch aus Stans nahm die düstere Stimmung auf, als er sich an der Landsgemeinde im April 1918 in seinem Jahresrückblick an die Landleute wandte.[1] Er berichtete von den Tausenden und Abertausenden von Toten, die während des Weltkriegs an allen Fronten gefallen waren, erinnerte an Dörfer und Städte, die dem Erdboden gleichgemacht worden waren, und richtete seinen Blick sorgenvoll auf die Kriegsmüdigkeit der verarmten und von Hunger gepeinigten Bevölkerung in Europa, die sich an mehreren Orten mit Revolten und Revolutionen gegen ihre Regierungen wehrte. Der Frieden, so schloss der gemässigte Liberale seine Kriegsbetrachtungen, liege noch in weiter Ferne.[2]

Die Landwirtschaft als einziger Lichtblick

Ebenfalls «schwarz in schwarz» war das Bild von der Lage in der Schweiz, das Jakob Wyrsch malte.[3] «Die Not klopft auch an unsere Türen», hielt er fest.[4] Trotz Rationierung, Sparsamkeit und Mehranbau seien die Lebensmittel knapp geworden und die Teuerung setze dem Mittelstand genauso zu wie den unteren Schichten (siehe Artikel Huber). «Aber noch immer kann das Volk den Ernst der Lage nicht begreifen und die Massnahmen der Behörden begegnen unverständigem Kritisieren und Schimpfen.»[5] Zweifellos tadelte der Landammann in erster Linie die Sozialdemokraten, die ein paar Tage zuvor während der Debatten um eine massive Milchpreiserhöhung mit einem Landesstreik gedroht hatten.[6] In zweiter Linie dürfte er an das Gemurre der eigenen Landleute gedacht haben, das sich in einem despektierlichen Artikel im liberalen *Unterwaldner* zur Versorgung mit Lebensmitteln niedergeschlagen hatte.[7] Nicht zuletzt deshalb betonte er, wie undankbar die Aufgabe der (Bundes-) Behörden sei, die mit ihren Verordnungen freilich manchmal über das Ziel hinausgeschossen seien: «Nicht alle trafen den Nagel auf den Kopf, viele greifen tief in die persönlichen Rechte ein. Aber bei jedem Erlass darf man den guten Willen der Behörden nicht bezweifeln, und die Schwierigkeit der Aufgabe nicht unterschätzen.»[8]

Der einzige Lichtblick im Rückblick des Landammanns war die Landwirtschaft. Obst, Kartoffeln und Heu sei reichlich geerntet worden und die Preise für Vieh und Milchprodukte seien ausserordentlich hoch. «Diese Preise haben den Neid der Arbeiter herausgefordert. Aber er ist nicht berechtigt», konstatierte Jakob Wyrsch. Er war sich der weltanschaulichen Gräben zwischen der städtischen Arbeiterschaft und der ländlichen Bevölkerung bewusst. Sie hatten sich durch die Teuerung und die Lebensmittelknappheit im Verlaufe des Kriegs weiter vertieft und zerfurchten die politische Landschaft der Schweiz. Dem Unmut der Arbeiterschaft hielt der Landammann entgegen: «Hat es der Bauer gut, leidet auch der Arbeiter keine Not.»[9]

Milch statt Champagner: Der Nebelspalter entwarf im Frühling 1918 ein Zukunftsbild, das die steigenden Milchpreise karikierte. Das «teure Nass» vermochte sich nur noch die Oberschicht in ihren Salons zu leisten.

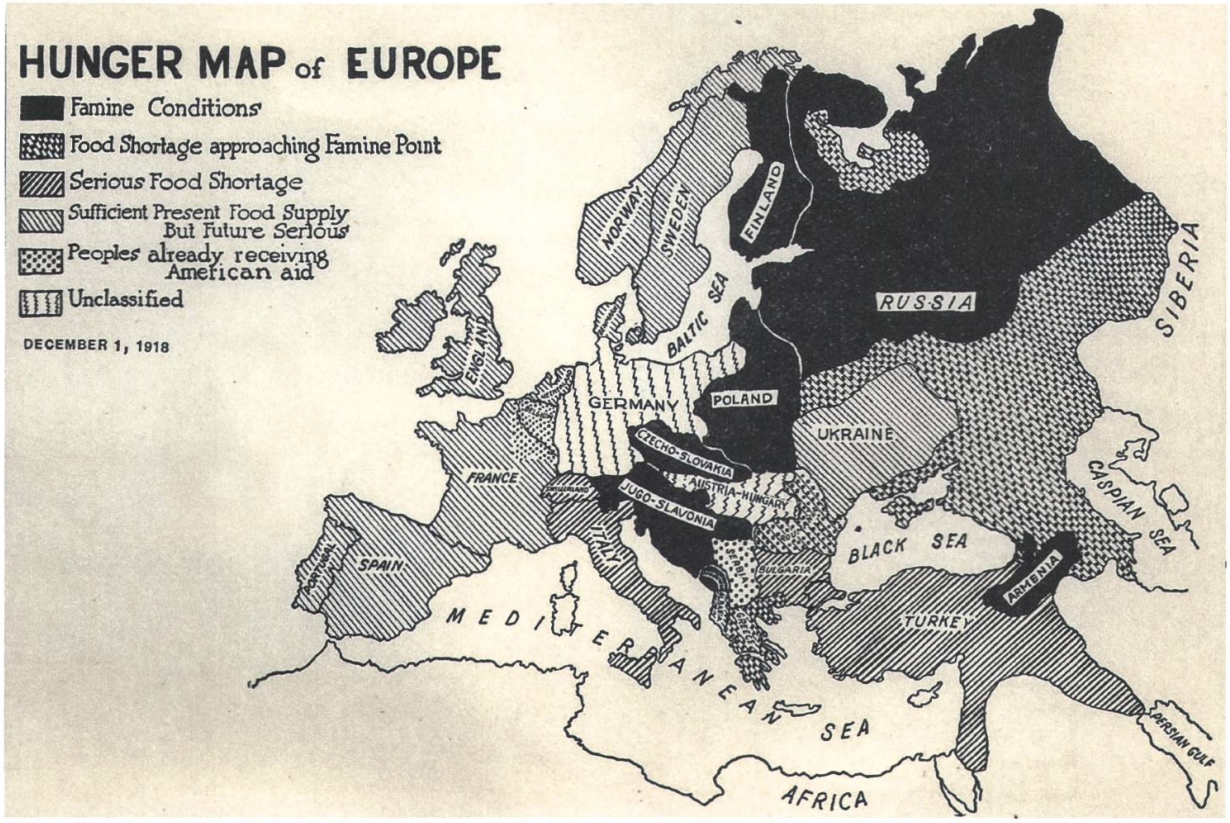
Die verschiedenen Gesichter des Kriegs

Die Rückschau von Jakob Wyrsch war in vielerlei Hinsicht zutreffend. Ein Ende des Weltkriegs war trotz des Friedens von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 zwischen den Mittelmächten und Russland nicht absehbar. An der Westfront setzte das Deutsche Reich seine Frühjahrsoffensiven fort, ungeachtet der sinkenden Moral in den Truppen und der grossen Verluste. Erst als die alliierten Truppen die deutschen Offensiven endgültig gestoppt hatten und sie im Spätsommer anfingen, einst verlorene Gebiete zurückzuerobern, begann sich ein Frieden abzuzeichnen – ein Frieden, der das Machtgefüge Europas grundlegend verändern sollte.[10]

Der Krieg hatte sich allerdings stets um mehr als um Waffen und den Front-

alltag in den Schützengräben gedreht. An der «Heimatfront» ging es auch um Brot, Kartoffeln, Milch, Heu und Kohle – es war ein globaler Wirtschaftskrieg um Lebensmittel, Futter und Energie. Die Schweiz war 1914 in allen drei Bereichen stark von Importen abhängig. Insbesondere der Agrarsektor war seit den 1860er-Jahren globalisiert und aus der «gelben», auf Getreideanbau ausgerichteten Schweiz war eine «grüne» geworden, die sich auf Tierhaltung und Futterbau spezialisiert hatte.[11] Nach einer kurzen Krise nach dem Ausbruch des Kriegs vermochte der Bund die Importe allerdings zu stabilisieren und er beschränkte sich in den ersten beiden Kriegsjahren auf die geschickte Bewirtschaftung der Vorräte und auf kurzfristige Massnahmen, die meist der Not des Augenblicks geschuldet waren.[12]

Im Sommer 1916 begann sich das Gesicht des Kriegs zu verändern.[13] Auf der einen Seite wuchsen die Versorgungsschwierigkeiten weltweit, weil die Entente den Wirtschaftskrieg verschärfte und die Transportkapazitäten durch die Truppentransporte und den uneingeschränkten U-Boot-Krieg sanken. Auf der anderen Seite führten extreme Witterungsverhältnisse 1916/17 zu regionalen Missernten, welche die Preise für Grundnahrungsmittel global beeinflussten. Versorgungskrisen traten in der Schweiz 1916–1918 daher mit unregelmässiger Regelmässigkeit auf: Im Winter 1916/17 und im Frühling 1917 fehlte es an Kartoffeln, Milch und Getreide,



Die Hungerkarte zeigt, wie es in Europa nach dem Ersten Weltkrieg um die Versorgung mit Nahrungsmitteln stand. Während in den schwarz eingefärbten Staaten eine Hungersnot herrschte, war in der Schweiz ein starker Rückgang des Angebots zu verzeichnen.

ein Einbruch bei den Getreideimporten im Sommer 1917 führte während eines Jahres zur Verknappung von Korn, und im Frühjahr 1918 mangelte es erneut an Milch. Dass die Lebensmittelversorgung letztlich nicht kollabierte, hing mit dem Zeitpunkt der Verknappung der verschiedenen Grundnahrungsmittel zusammen. Während die Missernte bei den Kartoffeln 1916 durch Getreideimporte kompensiert werden konnte, fingen die Rekordernten bei den Kartoffeln 1917 und 1918 die einbrechenden Getreideimporte teilweise auf. Trotzdem stand ein Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung zwei Mal unmittelbar bevor: nach einer aussergewöhnlich langen Regenperiode im Sommer 1916, und als die zugesicherten Getreideimporte aus den USA im August 1918 auszubleiben drohten.[14] «Da – als die Not am grössten war, als das Schweizervolk Ende Juli [1918] vor leeren Vorratshäusern stand», da trafen die sehnlichst erwarteten Lieferungen ein.[15]

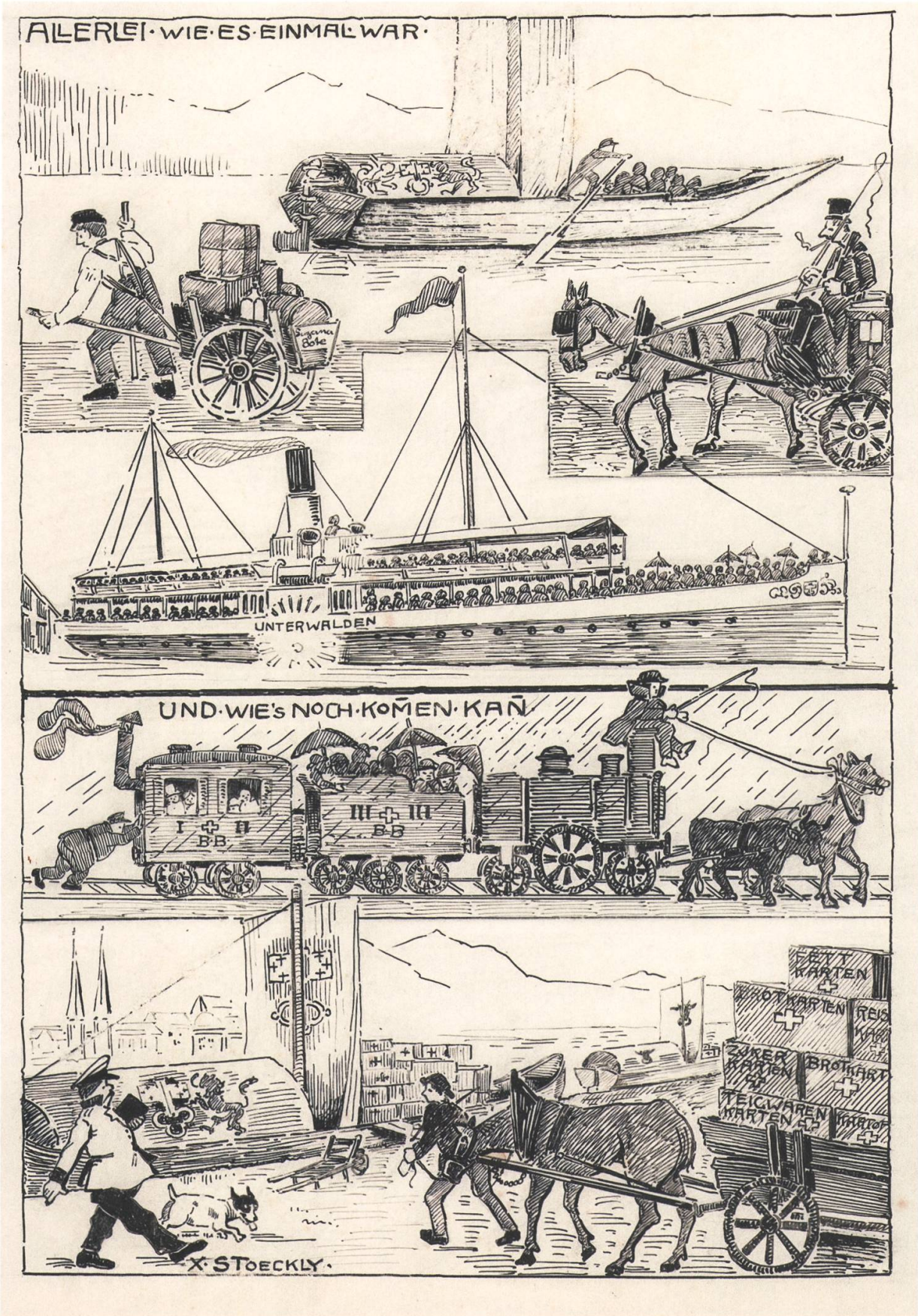
Kalte Betten, kaltes Essen und Kerzenlicht

Ähnlich wie bei den Lebensmitteln wies der Krieg auch bei der Energie und beim Futter mehrere Phasen auf. Der Import von Kohle wurde ab 1916 immer schwieriger und Petroleum war kaum noch erhältlich.[16] Die Kohlenkeller leerten sich nach dem eisig kalten Frühling 1917 zusehends und es «begann eine ungemütliche Epoche des Frierens».[17] Die Fahrpläne der Eisenbahnen und der Schifffahrtsgesellschaften wurden ausgedünnt, die Öffnungszeiten der Geschäfte eingeschränkt, das Essen öfters kalt serviert, und wer auf Leuchtpetroleum angewiesen war, musste sich mit Kerzen behelfen oder mit den Hühnern zu Bett gehen.[18] In der Pfarrkirche in Stans liess der Kirchenrat 1919 zum Beispiel mehrere elektrische Lampen installieren, weil vor dem Allerheiligsten «aufgrund des Ölmangels seit Mitte 1917» nicht mehr alle Öllampen brennen konnten.[19] Unter diesen Vorzeichen erstaunt es nicht, dass der *Unterwaldner* vor der Landsgemeinde 1919 orakelte, die «Versorgung des Landes mit elektrischer Energie und die Konzessionierung grosser Kraftwerke werden die Entwicklung unseres Kantons auf ein Jahrhundert hinaus beeinflussen».[20]

Der Erste Weltkrieg erwies sich allerdings über die Grenzen des Kantons hinaus als Katalysator für die Elektrifizierung aus Wasserkraft: Die Energiekonflikte in den Jahren 1917–1919 offenbarten die Schwächen des auf Kohle, Petroleum und Benzin ausgerichteten Energiesystems und beschleunigten den Strukturwandel erheblich.[21]

«Heunot» und Notschlachtungen

Ähnlich war die Situation bei den Futtermitteln. Der Import von Heu, Ölkuchen[22] und Futtermehl war ab 1915 eingeschränkt, was wiederum die Versorgung des Landes mit Milch deutlich erschwerte. Prekär wurde die Situation für die Bauern in Nidwalden besonders



Der Energiemangel schränkte die Mobilität ein. Trotz kalter Betten, kaltem Essen und Kerzenlicht in den Häusern bewahrheitete sich die Vision von Xaver Stöckli nicht: Weder Züge noch Schiffe mussten ohne fossile Energie auskommen.

Heu war ab 1917 ein knappes Gut: Weil nach den schlechten Ernten immer weniger Heuwagen durch Buochs fuhren, mussten die Bauern ihr Vieh nicht nur mit Streue und Tannenreisig füttern, sondern es teilweise auch notschlachten.

1917 und 1918, als der Nährwert des Heus nach einer langen Kälteperiode im Frühjahr 1917 tief war und Futtermittel zur Mangelware geworden waren.[23] Die «Heunot» machte sich im April 1917 zum ersten Mal bemerkbar. In Buochs mussten bereits «seit längerer Zeit Streue und Tannreiser gefüttert werden». In ihrer Not hatten die Bauern ihr Vieh teilweise notgeschlachtet und sie drohten, ihre Tiere mit Milch zu füttern, wenn nicht innerhalb von zwei Tagen ein grosses Quantum Heu geliefert werde.[24] Der Regierungsrat verbot deshalb vorübergehend die Ausfuhr von Heu in andere Kantone und liess die Gemeinderäte im Herbst die Heuvorräte erheben. Als sich eine grosse Futterlücke für die Wintermonate abzeichnete, verbot der Regierungsrat die Ausfuhr von Heu erneut. Das eidgenössische Militärdepartement missbilligte die Massnahmen der Nidwaldner Regierung mehrmals, weil kantonale Ausfuhrverbote unzulässig seien. Obwohl der Regierungsrat im Dezember 1917 auf seine Massnahme zurückkam und das Verbot aufhob, übertrug er im Juni 1918 – die Heuernte drohte wiederum schlecht auszufallen – den Gemeinden die Kompetenz, zuerst sich selber mit Heu, Stroh und Streue zu versorgen und die Ausfuhr in andere Gemeinden

zu unterbinden. Diese machten rasch davon Gebrauch: Bereits kurze Zeit später klagten Stans und Oberdorf, sie würden aus den anderen Gemeinden keine Futtermittel mehr erhalten. Der Regierungsrat war darob zwar besorgt, er hob die Sperren innerhalb des Kantons aber nicht auf.[25]

Analog verhielt sich der Regierungsrat beim Käsehandel: Auch hier verfügte er im Frühling 1918 ein (partielles) Ausfuhrverbot. Und auch hier war die Bundesverwaltung verstimmt, obwohl es verständlich sei, dass «die Kantone ihre Produkte selbst behalten wollen, aber solche Grundsätze führen in's Aschgraue. [...] Die Teilung der Eidgenossenschaft in 22 Wirtschaftsgebiete ist nicht verfassungsgemäss und wir müssen uns dagegen verwahren. [...] Ungenügende Löhne, ungenügende Ernährung, unzweckmässige Verteilung erzeugen im Volke die Missstimmung.»[26]

Administrative Reglementitis

Der Bund reagierte nur zögerlich auf die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Futter und Energie. Im März 1917 begann er, Nahrungsmittel wie Reis, Zucker, Mais, Teigwaren, Hafer, Gerste, Brot, Mehl, Butter, Käse, Milch, Kartoffeln und Fleisch schrittweise zu rationieren und Höchstpreise anzuordnen. In der Landwirtschaft führte er zudem den Zwangsanbau von Brotgetreide ein. Parallel dazu schuf er

Die Rationierungen der Lebensmittel während des Ersten Weltkriegs

Ebene Bund	Beginn	Aufhebung	Dauer
Brot und Mehl	1.10.1917	1.9.1919	23 Monate
Butter	1.3.1918	1.10.1919	19 Monate
Fett und Öl	1.3.1918	1.7.1919	16 Monate
Käse	1.6.1918	1.3.1920	21 Monate
Milch	1.7.1918	1.4.1920	21 Monate
Ebene Kantone			
Reis	1.3.1917	1.7.1919	28 Monate
Zucker	1.3.1917	25.3.1920	ca. 37 Monate
Mais	Juli 1917	1.7.1919	24 Monate
Teigwaren	Juli 1917	1.7.1919	24 Monate
Hafer und Gerste	Okt. 1917	1.7.1919	ca. 20 Monate
Hafer- und Gerstenprodukte	Jan. 1918	1.7.1919	ca. 17 Monate
Weitere Rationierungen			
Kartoffeln	1918/1919: 90 Kilo pro Person		
Fleisch	2 fleischlose Tage pro Woche: 5.3.–12.6.1917, 8.3.–10.7.1919 3 fleischlose Wochen: 11.4.–18.4.1919, 5.5.–19.5.1919		

Quelle: Ruchti, Weltkrieg, S. 242.

Die Rationierung der Lebensmittel begann 1917. Nach Kriegsende normalisierte sich die Versorgunglage nur langsam: Der «Kriegszustand ohne Krieg» hielt bis im Frühling 1920 an, als die letzten Rationierungen aufgehoben wurden.

Der Bundesverwaltung unterstellte kriegswirtschaftliche Zentralstellen 1914–1919

Bezeichnung	Departement	Noterlass
Schweizerische Rohproduktenkontrolle	EPD	14.4.1916
Zentralstelle für Kartoffelversorgung	EVD	11.8.1916
Baumwollzentrale	EPD	30.9.1916
Zentralstelle für Holzversorgung	EDI	17.10.1916
Kontrollstelle für Papier (ab Juni 1918 Papierzentrale)	EPD	19.12.1916
Offizielle Zentralstelle für Metalle	EPD	23.12.1916
Zentralstelle für Kohlenversorgung der Schweiz (ab September 1917 Kohlenzentrale A.G.)	EPD	23.1.1917
Schweizerische Aluminiumkontrolle	EPD	11.5.1917
Anstalt für Schlachtviehversorgung	EVD	18.5.1917
Zentralstelle für Butterversorgung (ab August 1917 Teil der Zentralstelle für Milch und Milcherzeugnisse)	EVD	1.6.1917
Eidgenössisches Brotamt	SMD	10.8.1917
Zentralstelle für Milch und Milcherzeugnisse	EVD	18.8.1917
Zentralstelle für Getreideanbauvermehrung	SMD	3.9.1917
Schweizerische Eisenzentrale	EVD	12.9.1917
Zentralverwaltung der schweizerischen landwirtschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsanstalten	EVD	7.1.1918
Eidgenössische Fettzentrale	EVD	15.1.1918
Wollzentrale	EVD	18.1.1918
Knochenzentralstelle	EVD	8.3.1918
Zentralstelle für Früchte und andere Produkte der Waldbäume	EDI	5.9.1918
Zentralstelle für Weisskraut und Weissrüben	EVD	9.9.1918
Seifenzentrale	EVD	18.10.1918

Quelle: Schneider, Ausnahmezustand, S. 274.

EPD = Eidg. Politisches Departement (heute Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten); EVD = Eidg. Volkswirtschaftsdepartement; EDI = Eidg. Departement des Innern; SMD = Schweizerisches Militärdepartement.

(Zentral-)Stellen zur Verwaltung und Verteilung dieser sogenannten Monopolwaren, die organisatorisch allerdings rasch an Grenzen stiessen, weil es ihnen sowohl an Erfahrungen als auch an statistischen Daten mangelte.[27]

Mit der Monopolisierung und Rationierung ging eine Flut von Verordnungen und Beschlüssen einher. Kam der Bund 1914 und 1915 noch mit elf wirtschaftlichen Erlassen aus, stieg die Zahl 1916 bereits auf 114 Bestimmungen. Sie nahm 1917 mit 248 Verordnungen um mehr als Doppelte zu und erreichte 1918 schliesslich mit 271 Verordnungen ihren Höhepunkt.[28] «Fast jeden Montag lagen zwei oder drei bundesrätliche Erlasse in der Mappe des Regierungsrates. Durch die Fülle dieser Verordnungen ist unser Volk nachgerade etwas wirr geworden», klagte das konservative *Nidwaldner Volksblatt*.[29] Die Verordnungen waren teilweise sehr detailliert und erforderten kantonale Ausführungsbestimmungen,

wenn der Bund den Vollzug den Kantonen übertrug. Weil die Kantone ihre Befugnisse sehr unterschiedlich nutzten und sie in einigen Fällen an die Gemeinden weitergaben, entstand ein regulatorischer Wildwuchs.[30] Die unkoordinierten Einzelaktionen schufen eine Konkurrenzsituation, welche die Knappheit nicht minderte und die Preise in die Höhe trieb, statt sie zu stabilisieren. Die Überforderung der kantonalen und kommunalen Behörden war umso verständlicher, als selbst der Bund den Überblick zu verlieren drohte: Im Januar 1919 räumte der Bundesrat in einem Kreisschreiben ein, dass nicht immer klar sei, welche der rund 1000 Notverordnungen noch in Kraft und welche wieder aufgehoben worden seien.[31] Der Bund hatte mit seinen teilweise widersprüchlichen Regulierungen buchstäblich eine «administrative Polykratie» geschaffen.[32]

Dass die politische Linke die Versorgungskrisen und den regulatorischen Wildwuchs scharf kritisierte und auch

«Rette sich, wer kann!» Der Nebelspalter hatte eine neue Krankheit entdeckt, die sich am grünen Tisch in Dekreten, Verordnungen und Reglementen ausbreitete: die eidgenössische Reglementitis.

instrumentalisierte, dürfte die politischen Beobachter nicht überrascht haben. Die Löhne und die Renten hielten mit der Teuerung nicht Schritt, und in vielen (Arbeiter-)Haushalten war der Alltag hart: «In den grossen Städten standen die Frauen stundenlang vor den Lebensmittelgeschäften und bildeten Queue; viele mussten leer und weinend abziehen, wenn mittlerweile die Vorräte im Laden – mitunter schon um 9 Uhr morgens – erschöpft waren. Zu Hause wartete eine Schar hungriger Kinder!»[33] Die Linke beklagte sich bitterlich über die Verweigerung moralisch berechtigter Ansprüche. Sie prangerte die Bauern als Klasse von rücksichtslosen Kriegsgewinnlern an, als die landwirtschaftlichen Einkommen in der zweiten Hälfte des Kriegs überproportional stark anstiegen. Obwohl bäuerliche Kreise argumentierten, sie würden nur kostendeckende Preise verlangen, barg das Ungleichgewicht zwischen Konsumenten und Produzenten sozialpolitischen Zündstoff.[34] Nicht alle Arbeiterinnen und Arbeiter litten «keine Not»,[35] wenn es den Bauern gut ging – unabhängig davon, ob der vermeintliche Neid der Arbeiterschaft berechtigt war oder nicht.

Die «Erbitterung» wird öffentlich

Als sich Jakob Wyrsch an der Landsgemeinde 1918 an die Landleute wandte, drohte die nahe Zukunft also genauso trübe zu werden wie das Wetter. Die Schweiz war von einem «Meer aus Blut und Tränen» umgeben,[36] innenpolitisch drohte eine Zerreissprobe und die Versorgungslage war prekär. In Nidwalden sorgte besonders die Frage nach der Verteilung der Lebensmittel für grossen Unmut: Die Spezereihändler[37] von Stans hatten sich bereits Mitte April 1918 über den konservativen Regierungsrat Anton von Deschwanden in seiner Funktion als Verwalter der Zentralstelle für die Lebensmittelverteilung in Stans beschwert.[38] Ein paar Tage danach hatte der *Unterwaldner* öffentlich nachgedoppelt. Er verwies auf die seit längerer Zeit kursierenden Gerüchte aus «sach- und fachkundigen Kreisen» über die Zentralstelle in Stans. Was behauptet werde, «geht weit über das Bohnenlied» [war unerhört]. Obwohl der Inhalt der Gerüchte im Dunkeln blieb, drängte das Blatt «angesichts der schweren Zeiten und der furchtbaren wirtschaftlichen Notlage in unserm Vaterlande mit aller Energie» auf eine objektive und gewissenhafte Untersuchung: «Denn die Erbitterung im Volke ist bald eine gewaltige und wird sich vielleicht gegebenenfalls in einer für die Behörden unangenehmen Weise Luft machen.»[39]

Hohe Wellen schlug der Artikel anscheinend nicht – sowohl der Regierungsrat als auch die kantonale Lebensmittelkommission und Anton von Deschwanden schwiegen vorerst. Hinter den Kulissen verursachten die Beschwerden der Spezereihändler und der Artikel im *Unterwaldner* aber mehr als einen Sturm im Wasserglas: Anton von Deschwanden trat bis zur Gesamterneuerungswahl des

Während Landammann Jakob Wyrsch von Stans (links) als engagierter Landarzt bekannt war, wurde Regierungsrat Anton von Deschwanden (rechts) für sein grosspuriges Auftreten bisweilen belächelt.

Regierungsrats an der Landsgemeinde 1919 von mehreren Ämtern zurück.

Der «Ernährungsminister» gerät in Bedrängnis

Anton von Deschwanden befand sich in einer unangenehmen Lage. Der Kaufmann hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts rasch politisch und militärisch Karriere gemacht. Er wurde in den Gemeinderat Stans, in den Verwaltungsrat der Ersparniskasse Nidwalden, in das Kantonsgericht, in den Stanser Kirchenrat und 1913 schliesslich mit vielen Vorschusslorbeeren in den Regierungsrat und gleichzeitig zum Verhörrichter gewählt.[40] Während ihn das *Nidwaldner Volksblatt* als «eine treffliche, talentvolle, in verschiedenen Verwaltungszweigen bereits bestbewährte Arbeitskraft» lobte, hob der *Unterwaldner* hervor, der Hauptmann sei «kein schroffer Parteimann [...], so dass er auch in unseren Reihen viele Zustimmung findet».[41] Seit 1907 führte er zudem mit seiner Frau Marie von Deschwanden-Niederberger den väterlichen Kolonialwarenladen in Stans, was ihm die Spitznamen «Magrone-Toni» oder «Spaghetti-Toni» eintrug.[42] Nach seiner Beförderung zum Major am Ende des Ersten Weltkriegs – in Nidwalden damals eine Seltenheit – wurde er zudem landauf landab «Herr Major Deschwanden» genannt. Uneingeschränkter Beliebtheit erfreute er sich aber

nicht. Anton von Deschwanden trat als Grandseigneur mit patriarchalischer Gesinnung auf und wurde wegen seines überheblichen Auftretens bisweilen belächelt.[43] Trotzdem bekleidete er bis ins hohe Alter wichtige Ämter. Er setzte sich besonders für die Ersparniskasse und die Sekundarschulen ein. «Auf diesen beiden Sektoren genoss er geradezu königliche Macht und Achtung.»[44]
Während der Versorgungskrisen wurde Anton von Deschwanden im Laufe der Zeit zum «Ernährungsminister» des Regierungsrats, wie der *Unterwaldner* spöttisch feststellte.[45] Als sich die Spezereihändler über ihn beschwerten, war er Mitglied der regierungsrätlichen Lebensmittelkommission, Leiter der Zentralstelle Stans, des kantonalen Brotamts, des kantonalen Fettamts und der kantonalen Käsekartenstelle.[46] Daneben trug er noch den Hut des Grossisten, wenn er als «Magrone-Toni» seinen privaten Geschäften nachging – seine eigenen Interessen stimmten daher nicht immer mit den Anliegen der Bundesverwaltung und des Regierungsrats beziehungsweise denjenigen der Detaillisten überein. Dass Anton von Deschwanden bei dieser Fülle an Ämtern, Macht und (möglichen) Interessenskonflikten zur Zielscheibe für Kritik wurde, erstaunt nicht. Er selbst scheint unter der Bürde der Verantwortung und der Arbeitslast zudem an die Grenzen seiner Belastbarkeit gestossen zu sein: Als sich die Versorgungskrise im Spätwinter 1918 zuspitzte, regte er – ohne Erfolg – an, einen Beamten für die Lebensmittelversorgung einzustellen.[47] Während etwa in der Stadt Zürich die Zahl der Angestellten im Lebensmittelamt zwischen März 1917 und Dezember 1918 von 7 auf 270 stieg, wollte Nidwalden den Staat angesichts der knappen Finanzen nicht ausbauen. Nicht zuletzt deshalb bestand die Verwaltung des Kantons am Ende des Kriegs aus lediglich 19 Festangestellten.[48]
Die Beschwerde der Spezereihändler erwies sich als teilweise berechtigt. Nach Rücksprache mit allen Beteiligten schlug der Regierungsrat mehrere Massnahmen vor, die sowohl den Gemeinden als auch den Detaillisten mehr Mitsprache bei Entscheidungen der Lebensmittelkommission einräumten und die eine einheitlichere Umsetzung der Vorschriften vorsahen.[49] Das Entgegenkommen des Regierungsrats war symbolisch von grosser Bedeutung, weil die Lebensmittelkommission seit ihrer Gründung am 2. Oktober 1916 «das Leitseil ohne Zutun und Begrüssung des Landrates in der Hand behalten und die Lebensmittelversorgung beim letzten Sack Dariskorn[50] und Oelkuchen besorgt hatte».[51] Präsidiert wurde die Kommission von Landsäckelmeister[52] Karl Gut. Ihr gehörten zu Beginn neben Karl Gut und Anton von Deschwanden nur noch Regierungsrat Remigi Blättler und Landschreiber Franz Odermatt an.[53]

Die Gemüter erhitzen sich weiter

Gekränkt durch die Kritik an seiner Amtsführung verlangte Anton von Deschwanden am 6. Mai 1918 eine Unter-

Geschäft an bester Lage: Anton von Deschwanden betrieb während des Kriegs neben seinem Kolonialwarenladen an der Marktgasse 1 auch die Zentralstelle Stans (Ansicht Anfang der 1940er-Jahre).

suchung durch einen unabhängigen Fachmann. Die Wahl der Lebensmittelkommission fiel auf den konservativen Solothurner Nationalrat August Kurer, der vom Regierungsrat tatsächlich beauftragt wurde, ein Gutachten zu erstellen.[54]

August Kurer galt als energischer und umsichtiger Mittelstandspolitiker mit christlich-sozialem Hintergrund. Als ehemaliger Sekretär des Verbands schweizerischer Spezereihändler und des Verbands schweizerischer Rabattvereine sowie als Leiter der eidgenössischen Fettzentrale war er zweifellos mit der Materie vertraut und kannte die Organisation der Lebensmittelversorgung in den Kantonen bestens.[55] Seinen Bericht legte Kurer allerdings erst am 3. August 1918 vor. Dringende Amtsgeschäfte, die Sommersession des Nationalrats und Erkrankungen verzögerten Kurers Gutachten.[56] In Nidwalden hatten sich die Gemüter bis dahin weiter erhitzt. In der Zentralstelle in Stans waren im Juni 1918 die Reis- und Zuckervorräte vorübergehend ausgegangen. «Die Erbitterung ist gross, denn Mais und Kartoffeln hat's noch nicht, Gemüse und Obst sind noch nicht reif, Teigwaren Ration sehr klein und die Bevölkerung somit auf ihr Bischen Reis angewiesen. Sorgen Sie also unverzüglich für das noch fehlende Reisquantum», schrieb der Gemeinderat Hergiswil in einer Mischung aus Verzweiflung und Ärger an die kantonale Lebensmittelkommission.[57] Der *Unterwaldner* schlug in die gleiche Kerbe. Das liberale Blatt kritisierte «das unheimliche Dunkel» bei der Lebensmittelversorgung im Kanton und in den Gemeinden. Es unkte, nicht einmal alle Mitglieder des Regierungsrats seien über die Vorgänge in den Zentralstellen im Bilde, und es schloss mit der Forderung: «Es wäre nicht zu rechtfertigen, dass man den allerorts herrschenden Mangel und die Not im Lande in diesen bitterbösen Zeiten zur Grundlage der Befriedigung einer eckelhaften Profitsucht machen könnte. [...] Man ziehe geeignete Leute aus dem darbenden Volke zur Organisation bei.»[58]

Untergrabenes Ansehen

Endlich sah sich der Regierungsrat zu einer «amtlichen Erklärung und Erwiderung» veranlasst. Der *Unterwaldner* beschäftige sich in einer Weise mit der kantonalen Lebensmittelkommission, «die jedes Mass berechtigter Kritik [...] überschreitet und [...] nicht nur die schwierige Aufgabe der Behörden erschwert und sie ihnen vergällt, sondern auch ihnen das Vertrauen im Volke, die erste Voraussetzung des Erfolges ihrer Arbeit, untergräbt». Der Regierungsrat kündigte ein unabhängiges Gutachten an (ohne August Kurer namentlich zu nennen), er legte Zahlen zu den Reis- und Zuckervorräten offen, und er verwahrte sich gegen den Vorwurf der Profitsucht. Die Lebensmittelkommission habe «keine Dunkelheiten zu verbergen», und alle, die ihre Arbeit kennen würden, glaubten ihrer Versicherung, «dass sie gerne bereit sei, den Platz zu räumen».[59] Tatsächlich

Theodor Fuchs und sein Sohn Otto gehörten zu den markantesten Persönlichkeiten des Kantons. Die beiden Liberalen erwarben sich mit der Führung der Zentralstelle Buochs grosses Ansehen.

reichten ihre Mitglieder ein paar Tage später geschlossen den Rücktritt ein. Sie führten ihre Arbeit auf dem Höhepunkt der Krise jedoch weiter, weil Landammann Jakob Wyrsch sie eindringlich bat, weiterzumachen, bis der Landrat über eine neue Organisation der Lebensmittelverteilung beraten habe.[60]

Der *Unterwaldner* hielt trotz des Tadels des Regierungsrats an seiner Darstellung fest. Alle Informationen habe die Redaktion von einer angesehenen Person erhalten. «Die Herren der Regierung» müssten ausserdem nur vor die Haustüre treten, um sich «von dem mächtigen Brausen des Volksunwillens über gewisse Praktiken» zu überzeugen. «Diese Missstimmung [...] wird solange fortdauern, bis die Handhabung der zentralen Fürsorge den Händen von persönlich Interessierten entnommen wird.» Das Blatt anerkannte «gerne die Opfer», welche die Regierung und die Gemeinderäte erbrachten, nur um nachzuschieben: «Und Fehler kommen überall vor, die wird auch ein regierungsrätlicher Vertuschungsversuch nicht aus der Welt schaffen.»[61] Den Vorwurf der Vertuschung konnte August Kurer nicht entkräften – das lag aber weniger

an seinem Bericht als an der Regierung, die das Gutachten nur in Auszügen veröffentlichte.[62]

Der Bericht Kurer

August Kurer stellte in seinem Gutachten weder Unregelmässigkeiten noch Bereicherungen fest. Anton von Deschwanden habe «seine Pflichten in tadelloser, ja in verschiedener Hinsicht ganz vorzüglicher und direkt vorbildlicher Weise erfüllt». Trotz des Lobs war es aber nur ein Freispruch zweiter Klasse. Der Leiter des eidgenössischen Fettamts rügte nämlich die Machtfülle und die Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen von «Magrone-Toni» ausdrücklich. Es sei verständlich, wenn die Detaillisten «mit konstantem Misstrauen die Tätigkeit eines derartigen, öffentliche Funktionen der Warenverteilung erfüllenden Grossisten» betrachteten und ihm bei Verzögerungen bei der Verteilung der Lebensmittel böse Absicht unterstellten. «Das ist doppelt möglich und begreiflich, wenn nach dem eingeschlagenen System der Vollzug dem betreffenden Funktionär eigentlich kontrollos überlassen ist.» Zumal Anton von Deschwanden sein Insider-Wissen privat einsetzte, um die Lücken in den Verordnungen auszunutzen. «Dem amtlichen Funktionär Deschwanden daraus aber einen Strick drehen zu wollen, geht nicht an. Der Fall zeigt blos das Difficile der Doppel- oder dreifachen Stellung desselben!»[63] August Kurer ging in dem Bericht über das eigentliche Mandat hinaus. Er beurteilte nicht nur die Amtsführung von Anton von Deschwanden, er setzte sich auch kritisch mit der Verteilung der Monopolwaren in Nidwalden auseinander: Die Waren gelangten per Schiff nach Stansstad. Zwei Drittel der gelieferten Güter wurden mit der Bahn nach Stans transportiert, beim Bahnhof gewogen und in «Magrone-Tonis» Lager gebracht, das als Zentralstelle diente und wo sie den Detaillisten vom Engelbergertal über Oberdorf und Stans bis nach Ennetmoos, Stansstad und Hergiswil sofort zur Verfügung standen. Das restliche Drittel gelangte über den Seeweg nach Buochs, zur zweiten Zentralstelle des Kantons, wo die Ware von Verwalter Otto Fuchs in Empfang genommen und in den Seegemeinden sowie in Emmetten verteilt wurde.[64] Diese schlanke Struktur belastete den Kanton finanziell «ausserordentlich wenig» und räumte den Detaillisten viele Freiheiten bei der Bestellung der Waren ein. August Kurer verstand den Unwillen, eine kostspieligere Organisation aufzubauen, er mahnte aber die Schaffung einer Aufsichtskommission an. Sie sollte aus Vertretern der kantonalen Lebensmittelkommission und Fachleuten aus dem Gross- und Kleinhandel sowie Vertretern von Konsumgenossenschaften bestehen. «Man hat gute Erfahrungen gemacht, wo man die Leute so zusammenspannte.» Das gegenseitige Misstrauen schwinde, ausreichende Kontrollen seien möglich und allfällige Reklamationen könnten geprüft werden. «Wir sind in diesen

Tagen so sehr auf einander angewiesen, dass derartige Regelungen öffentlicher Dinge mehr wie sonst unsere sittliche Pflicht sind.»[65]

Ein Rücktritt in Raten

Obwohl ihn das Gutachten entlastete und ihm seine Kollegen im Regierungsrat das Vertrauen aussprachen, demissionierte Anton von Deschwanden am 4. August 1918 als Leiter der Zentralstelle Stans, des kantonalen Brotamts, des kantonalen Fettamts und der kantonalen Käsekartenstelle. Er beklagte in seinem Rücktrittsschreiben die «masslosen Angriffe, die teils brieflich, teils durch die Presse und vertrauliches Weitersagen» gegen ihn geführt worden seien. Offenbar zermürbt fügte er hinzu: «Ich hoffe, dass dies [die Demission] der Politik meiner Gegner entspricht.» Der Regierungsrat lehnte die Rücktritte mit Verweis auf die Diskussion über die neue Organisation der Lebensmittelverteilung im Landrat ab.[66] Der «Ernährungsminister» liess sich zwar zunächst umstimmen und führte die kantonalen Ämter und Stellen weiter, im November 1918 gab «Magrone-Toni» die Leitung der Zentralstelle Stans jedoch definitiv ab.[67] Wahrscheinlich tat er dies, weil die Missbilligung seiner Führung der Zentralstelle Stans nicht nachliess. Der *Unterwaldner* höhnte, die veröffentlichten Auszüge des Gutachtens im *Amtsblatt* seien nichtssagend. Keine Details, keine vertiefte Auseinandersetzung mit der Kritik, «nichts als eine allgemein gehaltene Lobhudelei, Weihrauch und Myrrhen. Es fehlt nur noch die Abbildung des künftigen Denkmals aus Makaronikisten und Chokolade.» Misstrauische Stimmen würden nicht verstummen, zumal das Menschliche nicht vernachlässigt werden dürfe. «Und warum in unserm kleinen Kantone immer und immer wieder die ecklige Katzenbucklerei und die Kumulation von Aemtern und Stellen auf eine oder wenige Personen?»[68] Noch ungnädiger fiel die Berichterstattung des liberalen Blatts über die Behandlung der Lebensmittelfrage im Landrat aus. Die «ganze Komödie» sei nur gespielt worden, um dem Regierungsrat den Rücken zu stärken und «die lästigen Motten und Schaben ‹unverständiger Kritik› vom saubern Pelze der Würdeträger im Lebensmittelamt ferne zu halten». Tatsächlich sprach der Landrat der Regierung nach langer Diskussion sein Vertrauen aus und er überliess es der Regierung, wie sie die Lebensmittelversorgung organisieren wolle. Der Bevölkerung werde wie einem Kind der «Gummisauger der Beruhigung» in den Mund gesteckt, weil ihre Kritik angeblich nicht ernst zu nehmen sei, ätzte der *Unterwaldner*.[69] Der Regierungsrat ging nämlich nicht über die Kompromisse vom April 1918 hinaus: Die Kontingente der Monopolwaren der einzelnen Geschäfte sollten zwei Mal pro Monat aufgrund der durchschnittlichen Verkaufsmenge festgelegt werden, die Zentralstelle musste auf Rabattzuweisungen verzichten, die Preisaufschläge bei Monopolwaren traten in allen Geschäften am gleichen Tag in Kraft, und ein Ver-

treter der Gemeindepräsidenten erhielt in der Kommission eine beschliessende Stimme. Die beiden Zentralstellen Stans und Buochs und ein Vertreter der Detaillisten erhielten zudem Einsitz mit beratender Stimme.[70] Der Regierungsrat hatte damit seiner Meinung nach die Empfehlungen im Gutachten von August Kurer bereits vorweggenommen und die Schaffung einer Aufsichtskommission drängte sich nicht mehr auf.[71]

Grosse Amtsmüdigkeit

Ob der stetigen Kritik war Anton von Deschwanden seines Amtes als Regierungsrat müde geworden. Er trat nicht mehr zur Gesamterneuerungswahl an der Landsgemeinde 1919 an. Möglich, dass er sich die Schmach einer Abwahl ersparen wollte – ein Schicksal, das seinem liberalen Amtskollegen, Militärdirektor Adalbert Wymann, unerwartet widerfuhr (siehe Artikel Steiner). Sowohl im *Volksblatt* als auch im *Unterwaldner* wurde hervorgehoben, wie undankbar die Rolle bei der Versorgung des Landes mit Lebensmitteln für den Regierungsrat und damit implizit insbesondere für Anton von Deschwanden gewesen sei. Den Regierungsräten wurde überwiegend gute Arbeit attestiert. Sie hätten «bittere Zeiten hinter sich und mussten mit der oft für sie selbst äusserst unangenehmen Ausführung der täglich einlaufenden Befehle und Verordnungen der Bundes-Bureaukratie ein ungesundes Quantum von Aerger, Groll und Erbitterung herunterschlucken [...] und es wäre ein Unrecht, sie für alle Härten und allen Unsinn von Bern verantwortlich zu machen.»[72]

Trotzdem sollte Anton von Deschwanden wohl den Blitzableiter für seine Kollegen im Regierungsrat spielen. Sein Rücktritt war «das Sicherheitsventil des aufgestappelten Volksgrolles für seine Kollegen».[73] Und als die Landleute an der Landsgemeinde 1919 beschlossen, den Dank des Landes für die Arbeit von «Magrone-Toni» zu Protokoll nehmen zu lassen, wurden nur wenige Hände in die Höhe gestreckt und das Geschäft ging entsprechend dem Wetter «bei eisigem Schweigen» über die Bühne.[74]

Wie stark die Kriegsjahre auf der Politik gelastet hatten und wie gross die Amtsmüdigkeit war, zeigte sich auch bei den Landratswahlen: Nach den Wahlen im Mai 1919 kehrten nur 20 der 51 Mitglieder in den Landratssaal zurück. Das *Volksblatt* sprach von einer «wahren Fahnenflucht» – die Härten des Alltags und die administrative Überforderung während der Kriegsjahre durch die knappen Ressourcen hatten auf allen Ebenen ihren Tribut gefordert.[75]

1 Zur Biografie: Christen, Wyrsch.
2 NV, 4.5.1918, S. 1–2; UW, 1.5.1918, S. 1.
3 NV, 4.5.1918, S. 2.
4 LG P, 27.4.1918.
5 Ebd.
6 Zum Milchpreis: Gautschi, Landesstreik, S. 115–127; Moser, Ernährungsfrage; Burkhard, Kontroverse; Moser/Brodbeck, Milch für alle.
7 UW, 24.4.1918, S. 3–4.
8 LG P, 27.4.1918.

9 NV, 4.5.1918, S. 2.
10 Segesser, Weltkrieg, S. 200–208; Segesser, Herausforderungen, S. 49–53.
11 Meier, Notstand, S. 8–14, 345–368.
12 Cottier, Liberalismus; Cottier, Wirtschaftsliberalismus.
13 Meier, Notstand, S. 12–14; Auderset/Moser, Krisenerfahrungen, S. 134–136; Rossfeld/Straumann, Wirtschaftskrieg, S. 23–24.
14 Krämer, Synthese, S. 321–322. Zum Klima: Pfister, Auf der Kippe. Allgemein: Weber, Verheissung.
15 Ruchti, Weltkrieg, S. 196.
16 Petroleum wurde in der Schweiz ab 1850 als Lampenöl und als Rohstoff in der chemisch-pharmazeutischen Industrie eingesetzt.
17 Ruchti, Weltkrieg, S. 246.
18 Ebd., S. 254; Amtsblatt 1917, S. 729–735. Allgemein: Pfister, Energiekrise.
19 KiA St, 1 2 106, P Kirchenrat, 1.8.1919.
20 UW, 26.4.1919, S. 1.
21 Amacher Hoppler, Elektrifizierung, S. 168–169; Steinmann, Bahnen.
22 In Platten oder Brocken gepresste Rückstände ausgepresster, ölhaltiger Samen. Es handelt sich dabei um die verbleibenden Feststoffe und nicht um ausgepresstes Öl.
23 Ruchti, Weltkrieg, S. 7, 94, 182, 198, 230; Pfister, Auf der Kippe, S. 61–67, 73–76.
24 StA NW, D 2601, A Lebensmittelkomm., Brief des Gemeinderats Buochs an das Kriegskommissariat in Bern vom 22.4.1917.
25 Krämer, Politische Entwicklung, S. 20.
26 RR P, RRB Nr. 30 vom 22.4.1918, S. 342; Nr. 13 vom 6.5.1918, S. 352; Nr. 5, 7, 8 vom 18.5.1918, S. 364–365; UW, 29.6.1918, S. 2 (Zitat); Berner Tagblatt, 26.6.1918.
27 Krämer, Synthese, S. 335–336, 338.
28 Sieveking, Kriegswirtschaft, S. 40.
29 NV, 4.5.1918, S. 2.
30 Meier, Notstand; Labhardt, Krieg; Hebeisen/Niederhäuser/Schmid, Kriegs- und Krisenzeit; Birchmeier/Hofer, Schaffhausen; Fink, Solothurn; Die Ostschweiz und der Grosse Krieg.
31 Lüthi, Sorglos bis überfordert, S. 44.
32 Leonhard, Büchse der Pandora, S. 517–519. Zum Vollmachtenregime: Schneider, Ausnahmezustand. Zur Versorgung mit Lebensmitteln und Energie: Wipf, Massnahmen.
33 Ruchti, Weltkrieg, S. 280.
34 Krämer, Synthese, S. 346–347.
35 NV, 4.5.1918, S. 2.
36 LG P, 27.4.1918.
37 Spezereien: feste (Kolonial-)Waren aller Art, Getreideprodukte, Teigwaren, Gewürze, Kaffee, Zucker und anderes mehr.
38 RR P, RRB Nr. 17 vom 15.4.1918, S. 336.
39 UW, 24.4.1918, S. 1.
40 Zur Biografie: Steiner, Deschwanden; NV, 26.10.1960, S. 2.
41 NV, 26.4.1913, S. 2; UW, 23.4.1913, S. 2.
42 Flüeler, Rundgang.
43 Ebd.; NV, 26.10.1960, S. 2.
44 NV, 26.10.1960, S. 2.
45 UW, 23.4.1919, S. 1.
46 RR P, RRB Nr. 6 vom 5.8.1918, S. 444.
47 StA NW, A 1192/2, P Lebensmittelkomm., 11.2.1918.
48 Für Zürich: Albertin, Massnahmen des Zürcher Stadtrats, S. 221. Für Nidwalden: Krämer, Politische Entwicklung, S. 20.
49 RR P, RRB Nr. 18 vom 29.4.1918, S. 346; Nr. 26 vom 6.5.1918, S. 353–354.
50 Dari gehört zur Familie der Hirsesorten (Sorghum) und wurde als Futter- und Energiepflanze eingesetzt.
51 UW, 25.9.1918, S. 2–3.
52 Finanzdirektor.
53 StA NW, A 1192/2, P Lebensmittelkomm., 2.10.1916.
54 RR P, RRB Nr. 27 vom 6.5.1918, S. 354; StA NW, A 1192/2, P Lebensmittelkomm., 6.5.1918.
55 Gruner/Frei, Bundesversammlung, S. 425; Heim, Kurer.
56 KB NW, Fam.archiv v. Matt, 30.310, Gutachten Kurer, S. 1.
57 StA NW, D 2601, A Lebensmittelkomm., Brief des Gemeinderats Hergiswil an die kant. Lebensmittelkomm. vom 12.6.1918.
58 UW, 19.6.1918, S. 3.
59 Amtsblatt 1918, S. 462–465, Zitat S. 464.
60 RR P, RRB Nr. 3 vom 1.7.1918, S. 409.
61 UW, 29.6.1918, S. 2.
62 Amtsblatt 1918, S. 559–562.
63 KB NW, Fam.archiv v. Matt, 30.310, Gutachten Kurer, S. 2–5.
64 StA NW, A 1192/2, P Lebensmittelkomm., 25.2.1917.
65 KB NW, Fam.archiv v. Matt, 30.310, Gutachten Kurer, S. 2–3.
66 RR P, RRB Nr. 6 vom 5.8.1918, S. 444.
67 StA NW, A 1192/2, P Lebensmittelkomm., 6.11.1918, 23.11.1918, 16.1.1919, 30.8.1919.
68 UW, 10.8.1918, S. 2–3.
69 UW, 25.9.1918, S. 2–3; LR P, 21.9.1918.
70 RR P, RRB Nr. 26 vom 6.5.1918, S. 353–354.
71 StA NW, A 1192/2, P Lebensmittelkomm., 26.8.1918, 6.11.1918, 18.11.1918, 23.11.1918.
72 NV, 26.4.1919, S. 2; UW, 23.4.1919, S. 1 (Zitat); 26.4.1919, S. 1.
73 UW, 23.4.1919, S. 1.
74 UW, 30.4.1919, S. 1.
75 NV, 24.5.1919, S. 2 (Zitat); 31.5.1919, S. 2; 14.6.1919, S. 2.